Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 10 (1988)
Heft: 39

Artikel: Herausforderung an die Politik
Autor: Engholm, Björn
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-653234

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Herausforderung an die Politik

von Björn Engholm

Politik muß am Ende des 20. Jahrhunderts mit dem Widerspruch fertig werden, für fast alles verantwortlich gemacht zu werden, ohne dies in vielen Fällen sein zu können oder sein zu sollen.

Der Anspruch an die Politik wächst, aber die Fähigkeit von Politik hat mit diesem gewachsenen Anspruch nicht standgehalten.

In den kommenden Jahren stehen wegweisende Entscheidungen auf der Tagesordnung, z.B. über Energieversorgung, Schutz der Meere, Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, Zukunft der Landwirtschaft und Finanzierung des sozialen Netzes. Dabei reicht kurzfristiges Krisenmanagement oder symbolische Problembewältigung nicht mehr aus.

Das Dilemma liegt darin, daß die Probleme heute – anders als in früheren Jahrhunderten – mit den herkömmlichen Möglichkeiten der Politik nicht mehr zu lösen sind.

Die Probleme heute sind:

- **komplex:** In der Agrarpolitik z.B. ringen zwölf nationale Regierungen und 100 Regionen in Europa um Quoten für Milch, Preise für Butter, Rindfleisch, Soja etc. Wer kann die vielen Hundert EG-Verordnungen und Richtlinien noch überschauen?
- **kompliziert:** Wissenschaftler der Gentechnologie denken über die viereckige Tomate, die Kuh, die 30% mehr Milch gibt, und über die Züchtung frostresistenten Gemüses nach. Wo sind die Grenzen der Manipulation?
- **global:** Mittel- und Langstreckenraketen bedrohen Staaten in Ost und West, Nord und Süd. Abrüstung und Rüstungskontrolle liegen daher im weltweiten Interesse. Oder: Von der Entwicklung des Ölpreises oder des Dollarkurses hängt die Konjunktur nicht nur bestimmter Länder, sondern der gesamten Weltwirtschaft ab.
- **langfristig:** Die vorhandenen Umweltschäden lassen sich nicht mehr in kurzen Zeiträumen beseitigen. Schutz von Natur und Umwelt sind langfristige Aufgaben. Oder: Gegen eine bedrohliche Krankheit AIDS wird vermutlich erst in vielen Jahren ein Heilmittel gefunden werden. Wie reagiert die Politik bis zur Lösung des Problems?

Demgegenüber ist Politik heute noch:

- **unkomplex:** Die Aufgaben sind auf viele Ressorts verteilt, eine Querschnittskoordination findet selten statt. Die Bürokratie vermag häufig nicht rasch und effizient zu handeln, preußische Pflichterfüllung geht vor Kreativität.
- **eher einfach strukturiert:** Der Politiker verhält sich populistisch, er strebt in erster Linie nach breiter Zustimmung für seine Entscheidungen, sein Wissens- und Kenntnisstand der Probleme ist oft unzureichend. Im übrigen kontrollieren wir technische Entwicklungen der 80er Jahre mit politischen Instrumenten und Verwaltungsstrukturen der 50er Jahre. Wieviel kann eine solche Kontrolle wohl zur Unfallvermeidung und zur Risikominderung beitragen?
- **provinziell:** Die Politik blickt häufig nicht über den Tellerrand der ureigenen Interessen hinaus, die getroffenen Entscheidungen sind auf die jeweilige Gemeinde, die Region, die Nation beschränkt. Das Bewußtsein für die länderübergreifende Qualität vieler Probleme ist wenig entwickelt. Falls solche Einsicht vorhanden ist, wird nicht danach gehandelt.
- **kurzatmig:** Die Maßnahmen der Politik werden nach Jahresetats und Legislaturperioden bemessen. Für den Politiker wird die Wiederwahl zur entscheidenden Richtschnur all seines Handelns.

Es ist nicht verwunderlich, daß angesichts der Komplexität industriegesellschaftlicher Probleme und angesichts eines zunehmenden Steuerungsbedarfes überwiegend kritische Diskussionen in der Öffentlichkeit geführt werden. Ich will nur einige Schlagworte nennen: Unregierbarkeit, Staatsversagen, Krise des Sozialstaates, Überreglementierung, Entbürokratisierung, Deregulierung, Privatisierung, Anspruchsinflation, Subventionsabbau.

In der Tat sind wir an einem Punkt angelangt, an dem die Politik sich Klarheit darüber zu verschaffen hat, was sie tatsächlich kann. Ich meine damit nicht einzelne politische Ziele, nicht den Kampf um Mehrheiten und Macht, sondern selbstkritische *»Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen«*, wie der preußische Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt sein berühmtes Traktat nannte.

Kann der Staat auf seinen verschiedenen Ebenen die umfassen-

den Regulierungsansprüche mit seinen Steuerungsinstrumenten wirklich befriedigen, wie weit soll und darf er das überhaupt? Lassen die kurzen politischen Handlungsintervalle zwischen Wahlen die Verarbeitung langfristiger Problemstrukturen überhaupt zu? Oder ist die Flucht in Aktionismus, Populismus und symbolische Politik die unvermeidliche Folge einer Ohnmacht der Politik?

Die Politik muß etwas tun. Niemand entläßt sie aus ihrer Verantwortung, obwohl sie nicht Herr dieser langfristigen Prozesse ist, sondern eher eingeklemmt zwischen Baum und Borke, zwischen Ursachen und Wirkungen sitzt.

Gerade bei wachsenden Belastungen haben politische Entscheidungen nur dann eine Chance, von der Allgemeinheit akzeptiert zu werden, wenn sie sachbezogen, also vernünftig sind. Rationalität statt Stimmungsmache oder Verharmlosung – so muß die Devise für die Politiker der 90er Jahre heißen. Dem Publikum muß reiner Wein eingeschenkt werden, sonst verliert Politik auch noch den letzten Rest Glaubwürdigkeit.

Um die zukunftsentscheidenden Fragen zu beantworten:
- Wie sichern wir die Sozialität unserer Gesellschaft und wie die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft?
- Wie fördern wir neue Technologien und zu welchem Preis, mit welchen ökologischen und ökonomischen Konsequenzen?
- Wie erreichen wir, daß Politik in Zukunft nicht zum schlichten Legitimationsorgan für Entscheidungen degradiert wird, die jenseits der politischen Einflußsphäre in Forschungslabors oder Vorstandsetagen großer Unternehmen gefällt werden?
- Wie betreiben wir längerfristige, weitsichtige Strukturpolitik, wie modernisieren wir strukturschwache Gebiete oder wie helfen wir bedrohten Branchen?

bedarf es der Verbesserung der Wirkungsmöglichkeiten der Politik.

Ich möchte dazu vier Ansätze nennen:
- Die Bildung und Kreativität der Bürger nutzen,
- eine unabhängige, wissenschaftliche Politikberatung institutionalisieren,
- die Trennung zwischen Politik und den übrigen gesellschaftlich wichtigen Institutionen überwinden,
- von einem zeitweiligen Austausch der Akteure profitieren.

Kein Zweifel: Politik ist und bleibt Handeln im Ungewissen. Kein Politiker kann heutzutage voraussagen, was uns in den kommenden Jahren auf dem Weg in das dritte Jahrtausend erwartet.

Aber Politiker können konkrete Herausforderungen nennen, denen wir uns stellen sollten. Sie können ehrgeizige Ziele setzen, die wir mit einem hohen Maß an Intelligenz und an Finanzkraft gemeinsam erreichen wollen.

Viele Menschen sind wegen der Kurzatmigkeit der Entscheidungen in den letzten Jahren skeptisch geworden, ob Politik überhaupt noch sinnvoll gestalten kann.

Ich bin Optimist: Wenn wir die Arbeitsweise und die Instrumente der Politik verbessern, wird planende und gestaltende Politik wieder eine Chance haben.

John F. Kennedy hat seinen Landsleuten nach seiner Wahl zum amerikanischen Präsidenten verkündet: *»In 10 Jahren werden wir auf dem Mond landen.«* Die Amerikaner haben dieses Ziel in kürzerer Zeit erreicht.

Warum setzen wir uns im Jahre 1988 kein ähnlich ehrgeiziges Ziel, z.B. die Beseitigung von Umweltschäden und den langfristigen Schutz von Mensch und Natur? Ein solches Ziel könnte sein: *»In 10 Jahren sollten Elbe, Rhein und Nordsee sauber sein.«* ♦

Björn Engholm, SPD, ist Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein.

Von der Zukunft der Arbeitsgesellschaft

von Hermann Glaser

Die Diskussion über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, über Arbeitszeit und Lohnausgleich, die Anerkennung von Tätigkeit und die Zunahme von Freizeit rückt in den Mittelpunkt des Interesses. Es drohen abgründige Gefahren; doch kann die dritte industrielle Revolution auch humane Möglichkeiten erschließen? Die vorherrschende Politik, die sich mit ihrem Denken und Handeln weitgehend nur auf die augenblickliche Situation bezieht, kann innovatorische Phantasie nicht mehr beflügeln. Immer mehr Menschen, vor allem junge Menschen, verzweifeln oder resignieren – in Abkehr vom demokratischen und sozialen Rechtsstaat, von dem sie sich im Stich gelassen fühlen.

Der größte Skandal besteht in der politischen Unfähigkeit, Wege aus der gesellschaftlichen Krise, vor allem aus der Arbeitslosigkeit, zu weisen. Es droht ein fataler Regelkreis: Die in der Zwei-Drittel-Gesellschaft von Arbeit »Freigesetzten« werden telekratisch »stillgesetzt«; die durch die Medien geschaffenen »Zerstreuungspatienten« werden dann, um sie einigermaßen mobil zu halten, mit Hilfe von Durchblutungsmitteln therapiert; ihre »Unruhe« wird mit Tranquilizern bekämpft. Das Prinzip Verantwortung, das Prinzip Hoffnung und das Prinzip Solidarität verlieren sich in der »neuen Unübersichtlichkeit«.

Die Aufspaltung der Gesellschaft in Subsysteme verhindert Lösungsmöglichkeiten, da sektoral gestellte Fragen nur sektorale Antworten bewirken. Das »Ganze« wäre zu bedenken, wenn man – in einer vernetzten Welt – zu Lösungen gelangen will. Kostensteigerung im Krankenversicherungswesen zum Beispiel müßte dazu führen, daß man intensiv über Gesundheit nachdenkt. Die Wirtschaft hätte nach ökologischen Gesichtspunkten zu investieren, damit mittel- und langfristig ökonomische Nachteile vermieden werden. Überall starten Flugzeuge, deren Zielflughäfen mangels antizipatorischer Vernunft noch gar nicht gebaut sind (oder, wie bei der Atomwerk-Entsorgung, gar nicht gebaut werden können). Andererseits könnte man vielerorts gut und sicher landen, doch hat man sich auf andere »Richtungen« festgelegt.

Eine humane, sozial gerechte Gesellschaft kann nur entstehen, wenn ein steter Lastenausgleich stattfindet – zwischen denen, die Arbeit haben, und denjenigen, die ihre Arbeit aufgrund der Chip-Revolution verlieren; zwischen denjenigen, die aufgrund der technologischen Entwicklung mit immer weniger Menschenkraft immer mehr produzieren, und denjenigen, die mit ihrer (im jetzigen System »unrentablen«) Tätigkeit für Lebensqualität sorgen. Der wirtschaftliche Boom schafft kaum mehr Arbeitsplätze; er verstärkt die Rationalisierung und führt zu neuen »Freisetzungs«-Wellen. Der »Humanmarkt« jedoch (Ökologie, Stadtentwicklung, Erziehung, Kultur, Gesundheit, Soziales) ist fast unbegrenzt aufnahmefähig.

Was hier investiert wird, ist zudem für die Zukunft rentabel, da auf diese Weise Schäden und Defizite in fast allen Bereichen verhindert werden können. Finden Menschen ihren Lebenssinn in Arbeit und Tätigkeit, bedürfen sie keiner Surrogate. Statt die Bundesrepublik zu verkabeln, sollte man die Kreativität fördern. Alkoholismus und Psychopharmaka sind eine Folge gestörter mentaler Lebensverhältnisse. Auch die demographische Entwicklung bleibt unbeachtet. Die Überalterung nimmt rasch zu; aus der Bevölkerungspyramide wird eine »Bevölkerungsurne«. Dazu kommt, daß der Verlust von Arbeit die Vergreisung fördert, was bei den sogenannten »jungen Alten« deutlich zutage tritt. Mit deodorantem Frischwärts, also Warenästhetik, kann der fatalen Fehlentwicklung nicht gegengesteuert werden. Herausforderung (challenge) hält die Menschen jung. Wer zum Beispiel weiterlernt, lebt länger und gesünder. Realutopien verkümmern, werden nicht mehr vom Kopf auf die Füße gestellt – die Politik erstarrt in alten, unbeweglichen Denkmustern. Statt umfassende Beschäftigungsprogramme auf Dauer zu entwickeln, kuriert man mit dürftigen Investitionsprogrammen an den Symptomen.

Neben den Skandal der Arbeitslosigkeit tritt der Skandal der »Steuerreform«. Der Zusammenbruch der großen und mittleren Städte als Zentren der Urbanität steht bevor; rücksichtslos werden scheinbare Vorteile für den einzelnen Steuerzahler und die einzelne Steuerzahlerin auf Kosten des Gemeinwohls (mit-)finanziert.

»Insgesamt stehen den unmittelbaren und mittelbaren Mindereinnahmen durch die Bruttoentlastungen im Entstehungsjahr 1990 von zusammen 10 Milliarden DM kommunale Mehreinnahmen durch die geplanten Teilfinanzierungsmaßnahmen von zusammen 3 1/2 Milliarden DM gegenüber. Netto verbleiben damit kommunale Mindereinnahmen durch die Steuerreform 1990 – einschließlich der auf 1988 vorgezogenen Maßnahmen – von insgesamt 6 1/2 Milliarden DM.« Dieser nüchterne Satz aus einem Brief des Deutschen Städtetags – übrigens von Kennern der Materie noch als sehr optimistisch beurteilt – verweist mit aller Deutlichkeit auf die Misere. Die kommunalen Haushalte sind sowieso schon überlastet, der Investitionsspielraum wird aus diesem Grunde immer kleiner. Da zudem die Gemeinden für einen Teil der Arbeitslosigkeit aufkommen müssen (was die Ausgaben für Sozialhilfe betrifft, die wegen Langzeitarbeitslosigkeit geradezu explosionsartig zunehmen), haben sie keine Polster, um das drohende Defizit aufzufangen. Die Pflichtaufgaben bestehen fort – also bleibt nur der Weg, an den »freiwilligen Leistungen« zu sparen.

Die Steuerzahler, die etwas mehr im Portemonnaie vorfinden – wobei die Reichen mehr berücksichtigt werden als die Armen –, dürften sich noch wundern, was ihnen an Dienstleistungen entgeht bzw. was sie an Gebühren und Beiträgen mehr zahlen müssen.

In Joachim Schumachers 1937 im Exil erschienenem Buch »Die Angst vor dem Chaos« findet sich folgender, den Mechanismus des kapitalistischen Wirtschaftszyklus charakterisierender »Dialog im Ruhrort«:

»Kind: Warum ist es so kalt bei uns, Mutter?
Mutter: Weil wir keine Kohlen haben.
Kind: Warum haben wir keine Kohlen?
Mutter: Weil Vater arbeitslos ist.
Kind: Warum ist Vater arbeitslos?
Mutter: Weil es zu viel Kohlen gibt.«

Übertragen auf die Thematik der mutwilligen Auspowerung der »Stadtqualität« durch die Steuerreform bedeutet dies: Die Bürgerinnen und Bürger bekommen etwas mehr Geld, dafür erhalten sie immer weniger Dienstleistungen und müssen für die verbleibenden (soweit sie überhaupt verbleiben!) immer mehr zahlen; da die Städte immer weniger Geld haben, müssen sie die Stellenpläne abbauen und Investitionsprogramme ausdünnen; die strukturelle Arbeitslosigkeit steigt dadurch weiter an, die Gemeinden müssen deshalb noch mehr Mittel für Sozialhilfe aufbringen, was ihren Finanzspielraum erneut einengt; sie werden deshalb noch weniger investieren können, wodurch die Arbeitslosigkeit wiederum steigt und die Aufträge, die die Kommunen der Wirtschaft zuteil werden lassen – ein erheblicher Teil des Sozialprodukts! – zurückgehen… So dreht sich die Spirale nach unten – aus Metropolis wird Nekropolis.

Notwendig wären statt dessen langfristige Beschäftigungsprogramme – vom Bund bezahlt und zusammen mit den Gemeinden verwirklicht –, gerade im Bereich des »Humanmarktes«, da dieser Bereich ohne Verdrängungskonkurrenz ausbaufähig ist. Anstelle der völlig unzureichenden AB-Maßnahmen (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen jeweils nur für kurze Zeit), müßte Dauerarbeit gewährleistet werden.

Für die Arbeitslosigkeit, die unverändert hoch ist und ohne solche Maßnahmen so bleiben wird, müssen Bund, Länder, Kommunen und die Spezialversicherungsträger eine Menge zahlen: 1985 waren dies 57 Milliarden. Der Ausfall an »Wertschöpfung« und »Humankapital« (z.B. durch Verlust beruflicher Qualifikation und Zunahme psychosomatischer Krankheiten sowie anderer sozialpathologischer Deformationen, etwa Alkoholismus) ist dabei nicht berücksichtigt.

Würde man durch Beschäftigungsprogramme zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen, so beliefen sich die Kosten unter Abzug der für Arbeitslosigkeit ausgegebenen Mittel auf lediglich 28 Milliarden mehr. Die Steuerreform kostet 44 Milliarden! Natürlich fehlen für ein solches Programm im Augenblick alle Voraussetzungen: für den Humanmarkt müßte erst die Infrastruktur geschaffen werden; für die Arbeitslosen die Möglichkeit der dafür notwendigen Qualifikationen bzw. Zusatzqualifikationen.

Jedenfalls: der Mangel an innovatorischer Phantasie ist bodenlos. ♦

Hermann Glaser ist Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg und Professor am Institut für Kommunikations-, Medien- und Musikwissenschaft der TU Berlin. Vgl. auch: Hermann Glaser: Das Verschwinden der Arbeit. Die Chancen der neuen Tätigkeitsgesellschaft, Düsseldorf (Econ) 1988